



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

12. Juni 2020

Wochenbericht KW 24

forsa | Kantar | FG Wahlen

Wähleranteile:	Union bei 40 % bzw. 39 %, SPD bei 16 % bzw. 15 % Grüne zwischen 20 % und 15 %, AfD bei 9 % bzw. 8 %
Problemlösungskompetenz:	Knapp die Hälfte traut der Union zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen
Regierungszufriedenheit:	67 % bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird vor allem bei bezahlbarem Wohnraum, in der Pflege und bei der gerechten Verteilung der Steuerlast gesehen
Eigene finanzielle Lage:	Zwei Drittel erwarten keine Veränderungen Mehrheit findet Zeitpunkt für größere Anschaffungen eher ungünstig
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF
CDU/CSU	40 (-)	39 (+1)	39 (-)
SPD	16 (+1)	15 (-)	15 (-)
FDP	6 (+1)	7 (-)	4 (-)
DIE LINKE	8 (-)	7 (-1)	7 (-1)
B'90/Grüne	15 (-1)	17 (+1)	20 (+1)
AfD	8 (-1)	9 (+1)	9 (-)
Sonstige	7 (-)	6 (-2)	6 (-)
Erhebungszeitraum	02.-05.06.	04.-09.06.	08.-10.06.

Die Union liegt bei forsa 24 (-1), bei Kantar 24 (+1) und bei FG Wahlen 24 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	49 (+1)
SPD	7 (-)
Grüne	3 (-1)
sonstige Parteien	7 (-)
keine Partei	34 (-)
Erhebungszeitraum	02.-05.06.

Knapp die Hälfte der Bevölkerung traut der Union zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen. Sie liegt mit 42 (+1) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 15 (+1) Prozentpunkten vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (14.06.2020)

² im Vergleich zur KW 22

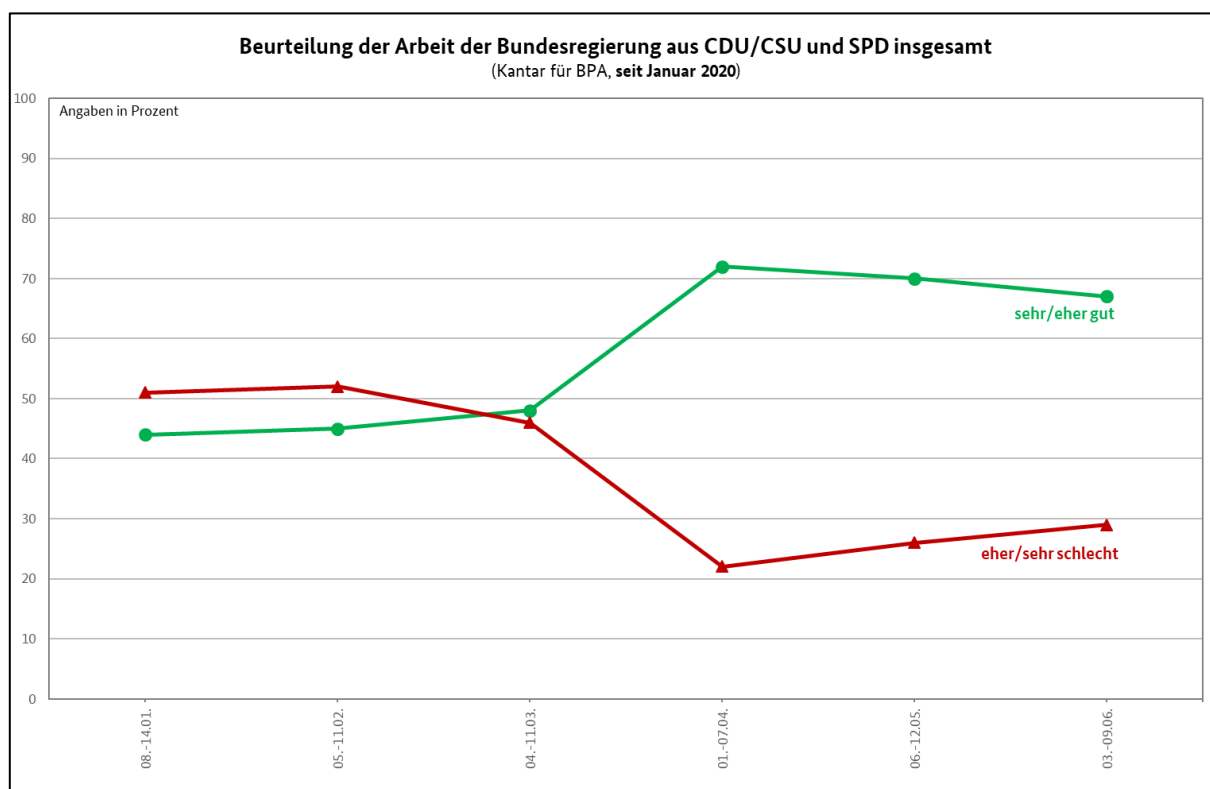
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im Juni 2020

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 20

	Kantar für BPA	
sehr gut	9	(-)
eher gut	58	(-4)
eher schlecht	21	(-)
sehr schlecht	7	(+2)
Erhebungszeitraum	03.-09.06.	

Anhänger der Union (94 %) und der SPD (77 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut. Über 60-Jährige sind häufiger zufrieden als unter 30-Jährige (77 % zu 57 %).

Hingegen beurteilen Anhänger der AfD (93 %), der Linkspartei (47 %) und der FDP (43 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juni 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Mai 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	73 (-2)	23 (-1)	2 (+1)	1 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	67 (-1)	30 (+1)	2 (-)	0 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (+3)	30 (-3)	3 (-)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (+5)	32 (-2)	4 (-2)	0 (-2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (-2)	37 (+2)	3 (-1)	0 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	56 (-1)	35 (-2)	6 (-)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	51 (-4)	43 (+4)	3 (-1)	2 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	50 (-)	44 (+2)	4 (-3)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-)	43 (+3)	7 (-3)	2 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-3)	42 (+2)	8 (-1)	1 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (-1)	37 (-2)	13 (+2)	3 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	44 (-1)	49 (+3)	6 (-1)	0 (-2)
Energiewende zügig vorantreiben	40 (+4)	40 (-)	15 (-2)	4 (-1)
neue Technologien fördern	39 (-)	49 (+1)	9 (-3)	1 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (+2)	44 (-)	11 (-)	5 (-2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (+1)	48 (+2)	14 (-3)	1 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (-4)	51 (+4)	13 (-)	3 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	31 (-2)	47 (-1)	14 (-1)	5 (+2)
Verbraucherschutz stärken	29 (+2)	55 (+1)	14 (-1)	1 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	27 (+2)	53 (-3)	16 (+1)	3 (-)
Staatsschulden begrenzen	26 (+4)	49 (+1)	20 (-3)	4 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (-1)	50 (-)	21 (-)	4 (+1)
Erhebungszeitraum	03.-09.06.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe. Ostdeutsche finden sie häufiger sehr wichtig als Westdeutsche (86 % zu 70 %), Frauen häufiger als Männer (78 % zu 67 %) und Personen mit hoher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (77 % zu 68 %).

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von 40- bis 59-Jährigen (74 %) und Anhängern der Grünen (77 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen finden sie häufiger sehr wichtig als Männer (75 % zu 58 %). 30- bis 39-Jährige (56 %) halten diese Aufgabe seltener für sehr wichtig.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Juni 2020

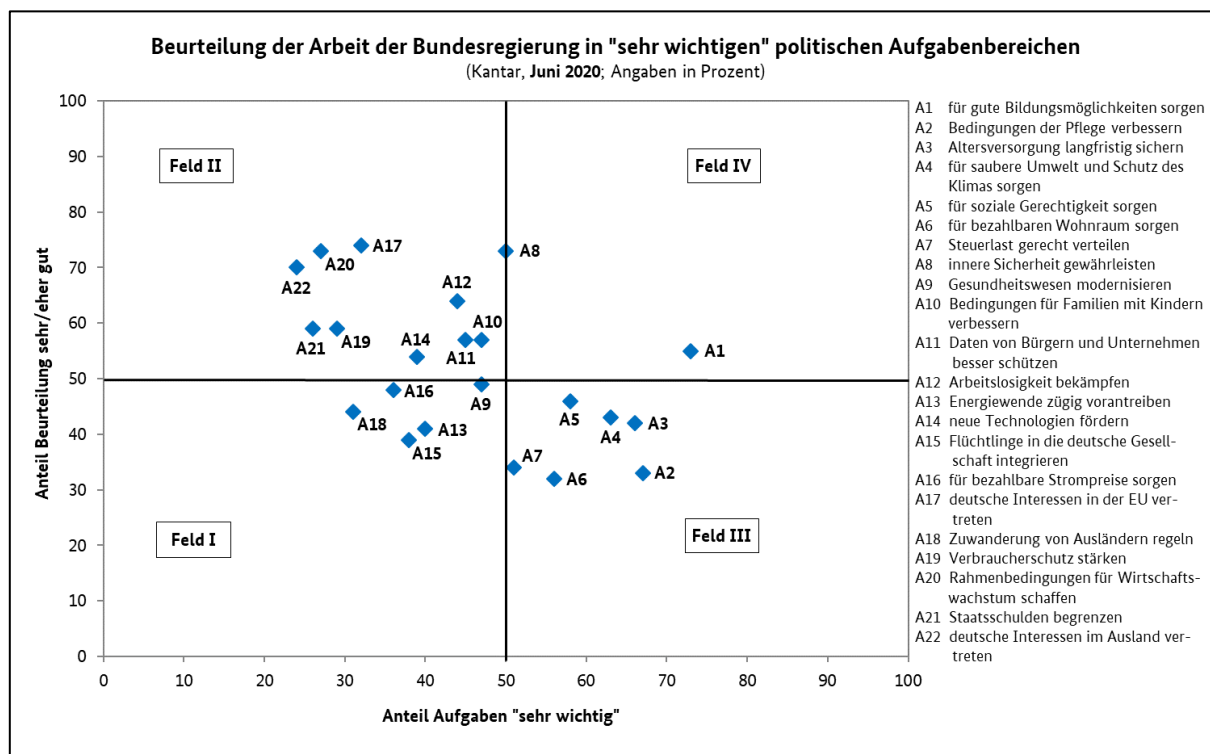
Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Mai 2020

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	74 (+4)	21 (-3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	73 (-)	19 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	73 (-)	24 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	70 (-)	24 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	64 (-2)	31 (+1)
Staatsschulden begrenzen	59 (-1)	34 (+2)
Verbraucherschutz stärken	59 (+3)	36 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	57 (+1)	37 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	57 (-2)	38 (+2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	55 (+1)	43 (-)
neue Technologien fördern	54 (+2)	40 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (-)	47 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	48 (+2)	45 (-2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	46 (+1)	52 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	44 (+2)	51 (-3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	43 (-1)	54 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	42 (+2)	55 (-2)
Energiewende zügig vorantreiben	41 (-)	55 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	39 (-)	56 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	34 (+3)	61 (-4)
Bedingungen der Pflege verbessern	33 (+3)	64 (-2)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	32 (+6)	63 (-7)
Erhebungszeitraum	03.-09.06.	

In 11 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in neun Bereichen mindestens von der Hälfte als eher bzw. sehr schlecht beurteilt.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im Juni 2020

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem in den Aufgabenbereichen „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A6) und „Bedingungen der Pflege verbessern“ (A2), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A3), beim Umwelt- und Klimaschutz (A4) sowie im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A5).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die den Bundesbürgern mehrheitlich wichtig sind und bei denen sie auch die Regierungspolitik positiv beurteilen. In diesem Monat ist hier lediglich die „Bildungspolitik“ (A1) vertreten.

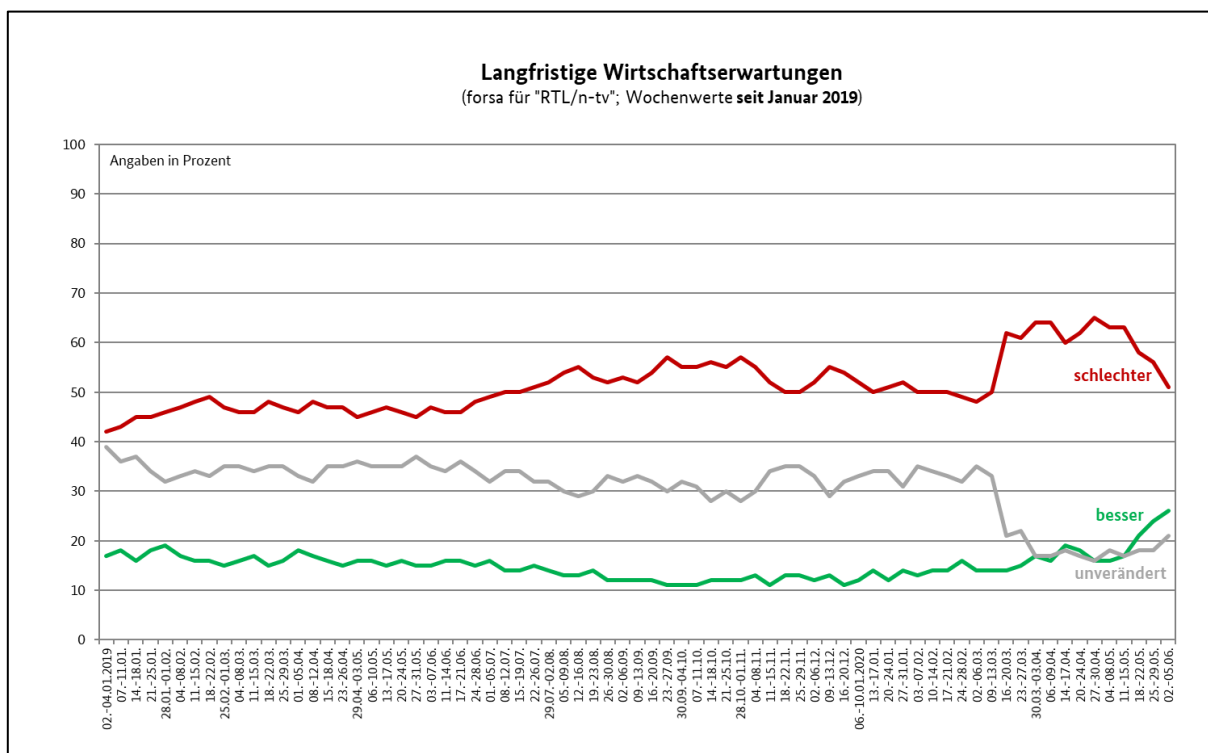
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	26	(+2)
schlechter	51	(-5)
unverändert	21	(+3)
Erhebungszeitraum	02.-05.06.	

Mittlerweile rechnet gut ein Viertel der Bundesbürger damit, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren verbessern werden.

Der Anteil derjenigen, die mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage rechnen, ist auf 51 % gesunken und befindet sich nun auf einem ähnlichen Niveau wie vor der Corona-Krise Anfang März 2020.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

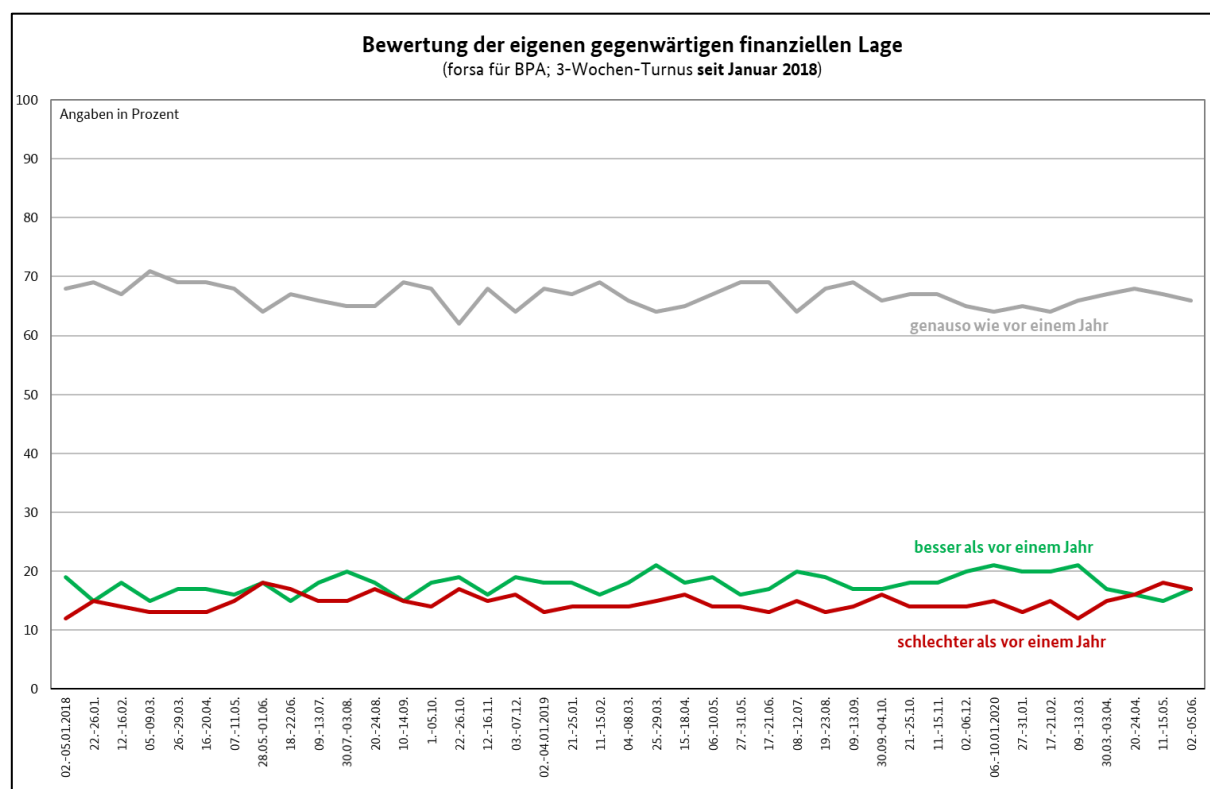
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	forsa für BPA
besser als vor einem Jahr	17 (+2)
schlechter als vor einem Jahr	17 (-1)
genauso wie vor einem Jahr	66 (-1)
Erhebungszeitraum	02.-05.06.

Der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahrnehmen, liegt gleichauf mit dem Anteil derjenigen, die Verschlechterungen sehen.

Männer nehmen häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als Frauen (21 % zu 13 %), unter 45-Jährige häufiger als über 45-Jährige (27 % zu 12 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (20 % zu 12 %).

Geringverdiener nehmen häufiger eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als Gutverdiener (25 % zu 14 %).



Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

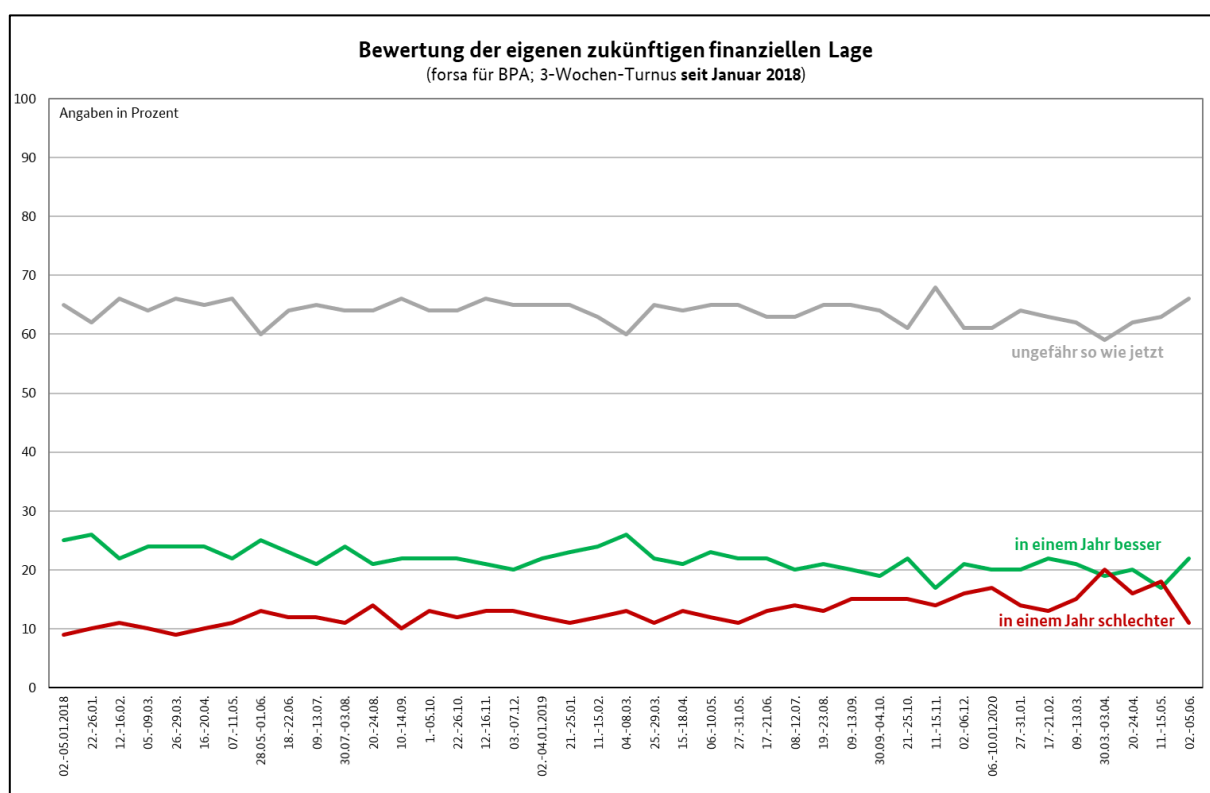
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	22	(+5)
in einem Jahr schlechter	11	(-7)
ungefähr so wie jetzt	66	(+3)
Erhebungszeitraum	02.-05.06.	

Der Anteil derjenigen, die von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage ausgehen, ist auf den niedrigsten Stand seit Mai 2019 gesunken.

Eine Verschlechterung erwarten Geringverdiener (19 %) und Anhänger der AfD (32 %) überdurchschnittlich oft.

Anhänger der Linkspartei (36 %) gehen besonders oft von einer Verbesserung ihrer finanziellen Lage aus. Unter 45-Jährige sind deutlich häufiger dieser Meinung als über 45-Jährige (36 % zu 13 %).

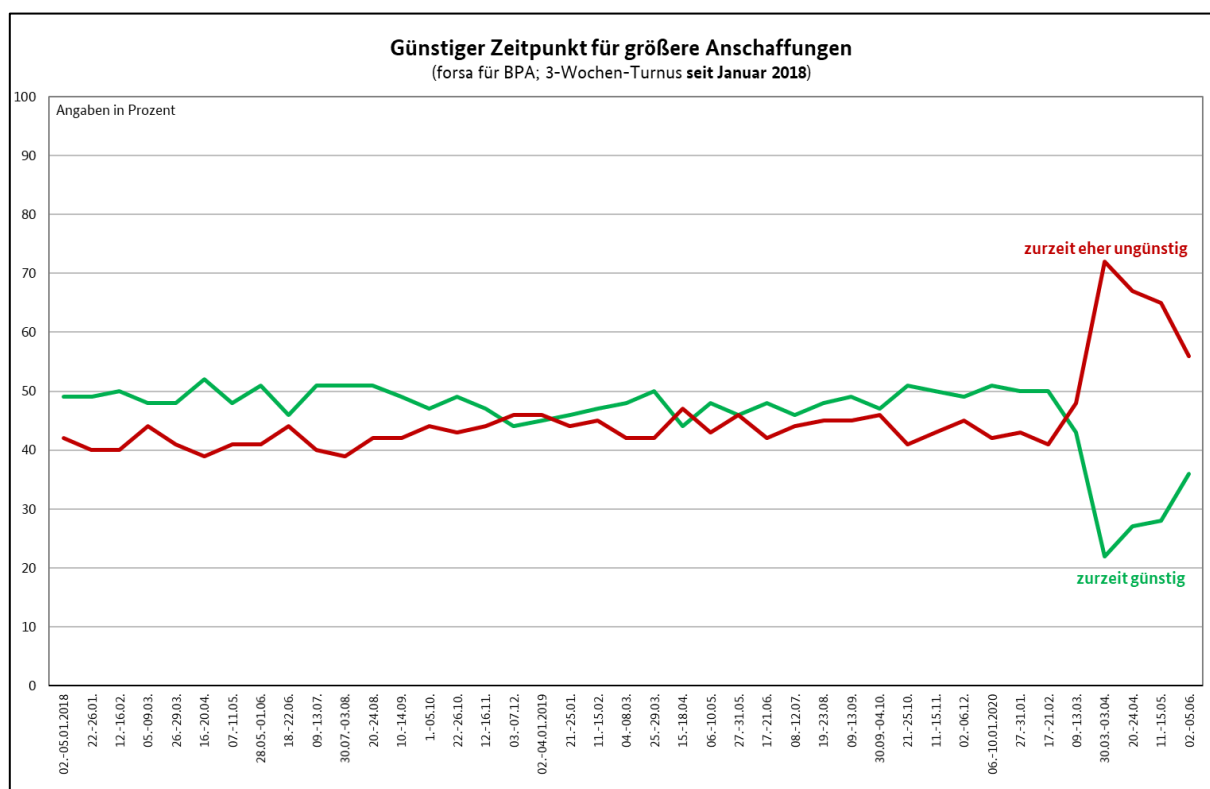


● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	36	(+8)
zurzeit eher ungünstig	56	(-9)
Erhebungszeitraum	02.-05.06.	

Der Anteil derjenigen, die finden, dass zurzeit ein ungünstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre, ist im Vergleich zu Anfang April 2020 um 16 Prozentpunkte gesunken. Personen mit einfacher formaler Bildung sind häufiger dieser Meinung als Personen mit hoher formaler Bildung (68 % zu 52 %) und Geringverdiener häufiger als Gutverdiener (68 % zu 50 %).



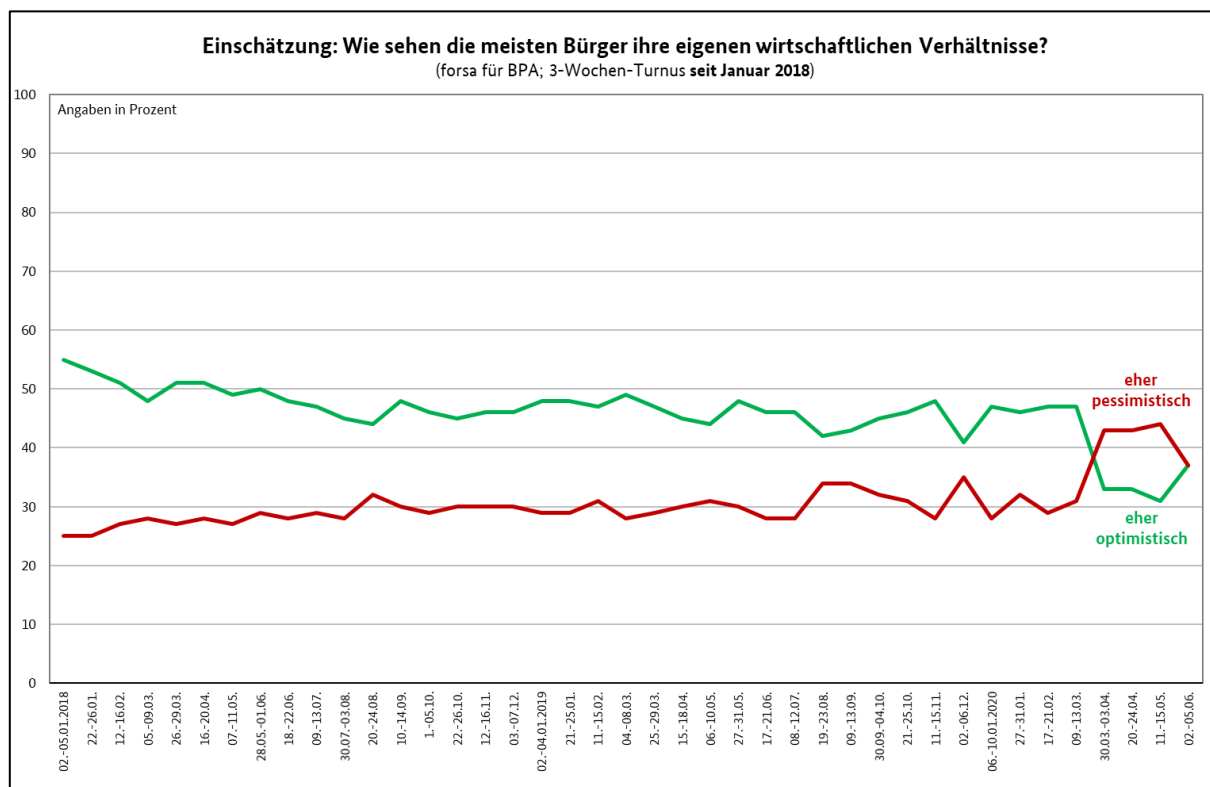
Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	forsa für BPA
eher optimistisch	37 (+6)
eher pessimistisch	37 (-7)
Erhebungszeitraum	02.-05.06.

Der Anteil derjenigen, die glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen, liegt gleichauf mit dem Anteil, der die Verhältnisse pessimistisch beurteilt.

Anhänger der FDP (58 %) glauben besonders oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	65 (-6)
Unruhen in den USA wegen Polizeigewalt	32 (+1)
Allgemeine Wirtschaftslage	12 (+1)
Ausländerfeindlichkeit	6 (+4)
Erhebungszeitraum	08.-10.06.

Knapp zwei Drittel der Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche hauptsächlich mit dem Coronavirus.

Unter 30-Jährige nennen das Thema "Unruhen in den USA wegen Polizeigewalt" deutlich häufiger als über 60-Jährige (46 % zu 24 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (39 % zu 21 %).

